Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und über die Rechnungsprüfung

zum 31.12.2024

des

Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership (REEEP)

1400 Wien

Forvis Mazars Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Handelsgericht Wien · FN 71563s · ATU 37400905 · WT-Code: 800 130 · APAB Code 0700381 · Wir sind Mitglied der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer (KSW) und Teil der internationalen, integrierten und unabhängigen Partnerschaft von Forvis Mazars. Eine Liste der Geschäftsführer und Partner unseres Unternehmens finden Sie auf unserer Website.

Inhaltsverzeichnis

1. PRÜFUNGSVERTRAG, AUFTRAG ZUR RECHNUNGSPRÜFUNG UND AUFTRAGSDURCHFÜHRUNG 1

2. AUFGLIEDERUNG UND ERLÄUTERUNGEN VON WESENTLICHEN POSTEN DES JAHRESABSCHLUSSES 3

3. ZUSAMMENFASSUNG DES PRÜFUNGSERGEBNISSES 4

3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss 4

3.2. Erteilte Auskünfte 4

3.3. Nachteilige Veränderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und wesentliche Verluste 4

3.4. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht) 4

4. BESTÄTIGUNGSVERMERK 5

5. BERICHT ÜBER DIE RECHNUNGSPRÜFUNG 8

Beilagenverzeichnis

A. Jahresabschluss zum 31.12.2024

B. Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe

An die Mitglieder des Vereinsvorstandes des
Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership (REEEP)
Wien

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses und die Rechnungsprüfung zum 31. Dezember 2024 des Vereins

Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership (REEEP)

1400 Wien,

(im Folgenden auch kurz "QuIO" genannt)

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden Bericht:

1. PRÜFUNGSVERTRAG, AUFTRAG ZUR RECHNUNGSPRÜFUNG UND AUFTRAGSDURCHFÜHRUNG

Mit Beschluss der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 06. November 2023 des Vereins Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership (REEEP), Wien, wurde die Mazars Austria GmbH zum Abschlussprüfer gemäß § 22 Abs 2 VerG für das Rechnungsjahr 2024 gewählt bzw. bestellt. Aufgrund von Umstrukturierungsmaßnahmen wurde die Mazars Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft auf Forvis Mazars Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft umbenannt. Gemäß § 22 Abs 2 VerG hat der Abschlussprüfer in diesem Fall auch die Aufgaben der Rechnungsprüfer zu übernehmen.

Der Verein ist eine Quasi-Internationale Organisation (QuIO) nach BGBl 174/1992 idF BGBl I 160/2015 in Verbindung mit BGBl II, Nr 529/2020.

Auch als Quasi-Internationale Organisation wendet der Vorstand die Bestimmungen des Vereinsgesetzes zur Rechnungslegung und zur Rechnungsprüfung für große Vereine analog an. Dementsprechend sind die Bestimmungen des § 21 Abs 1 VerG unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches (UGB) maßgeblich.

Bei der gegenständlichen Abschlussprüfung handelt es sich um eine **Pflichtprüfung**.

Die in den §§ 269 ff UGB aufgestellten Grundsätze und die ergänzenden Vorschriften des VerG wurden bei der Durchführung der Prüfung beachtet. Die Abschlussprüfung **erstreckt sich darauf**, ob bei der Erstellung des Jahresabschlusses und der Buchführung die gesetzlichen Vorschriften beachtet wurden. Wir weisen darauf hin, dass die Abschlussprüfung mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit des Abschlusses gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und aufgrund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Die **Rechnungsprüfung gemäß § 21 VerG erstreckt sich darauf**, ob in allen wesentlichen Belangen die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung gegeben ist und die Mittel des Vereins statutengemäß verwendet wurden. Die Beurteilung der Sparsamkeit bzw. Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung ist nicht Gegenstand der Rechnungsprüfung. Festgestellte Gebarungsmängel oder Gefahren für den Bestand des Vereins sind im Rahmen unserer Berichterstattung aufzuzeigen, und auf ungewöhnliche Einnahmen oder Ausgaben, vor allem auf Insichgeschäfte, ist besonders einzugehen.

Ebenso wie bei der Abschlussprüfung lässt sich bei der Rechnungsprüfung aus denselben oben angeführten Gründen eine absolute Sicherheit nicht erreichen, weshalb das unvermeidbare Risiko besteht, dass wesentliche Fehldarstellungen in der Rechnungslegung oder eine nicht statutengemäße Verwendung von Mitteln unentdeckt bleiben.

Bei der Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden **gesetzlichen Vorschriften** und die **berufsüblichen Grundsätze zur Durchführung von Abschlussprüfungen und von vereinsrechtlichen Rechnungsprüfungen**. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing (ISA)).

Wir führten die Prüfung im **Zeitraum** von April 2025 bis Mai 2025 überwiegend in den Räumen unserer Kanzlei in Wien durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichtes materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Frau Mag. Bettina Szaurer, Wirtschaftsprüferin, verantwortlich.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit dem Verein abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer herausgegebenen "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe“ (Beilage B.) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen Verein und uns als Abschlussprüfer und Rechnungsprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer und Rechnungsprüfer gegenüber dem Verein und gegenüber Dritten kommen § 275 UGB und § 24 Abs 4 VerG zur Anwendung.

2. AUFGLIEDERUNG UND ERLÄUTERUNGEN VON WESENTLICHEN POSTEN DES JAHRESABSCHLUSSES

Alle erforderlichen Aufgliederungen und Erläuterungen von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses sind im Anhang des Jahresabschlusses enthalten. Wir verweisen daher auf die entsprechenden Angaben des Vereinsvorstandes im Anhang des Jahresabschlusses.

3. ZUSAMMENFASSUNG DES PRÜFUNGSERGEBNISSES

3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Grundsätze ordnungsmäßiger **Buchführung** fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir – soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten – die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des **Jahresabschlusses** verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

3.2. Erteilte Auskünfte

Der Vorstand und die anderen, für die Rechnungslegung und Finanzgebarung verantwortlichen Mitglieder des Leitungsorgans der QuIO erteilten die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise. Eine von den vertretungsbefugten Mitgliedern des Leitungsorgans unterfertigte Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

3.3. Nachteilige Veränderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und wesentliche Verluste

Im Folgenden wir über nachteilige Veränderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bzw. wesentliche Verluste, die das Jahresergebnis nicht unwesentlich beeinflusst haben, berichtet:

Die Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership (REEEP) hat im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Verlust erzielt, da nicht alle ihre Aufwendungen gefördert wurden.

3.4. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand der geprüften QuIO gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße des Leitungsorgans oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei der internen Kontrolle des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt. Die Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfs (§ 22 Abs 1 Z 1 URG) sind nicht gegeben.

4. BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss des Vereins **Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership (REEEP)**, **Wien**, bestehend aus der Bilanz zum **31. Dezember 2024**, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum **31. Dezember 2024** sowie der Ertragslage der Quasi-Internationalen Organisation (OuIO) für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Vereinsgesetzes unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Quasi-Internationalen Organisation unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen Bestimmungen des Vereinsgesetzes und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns bis zum Datum des Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

Verantwortung des Leitungsorgans für den Jahresabschluss

Das Leitungsorgan ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Vereinsgesetzes unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Quasi-Internationalen Organisation vermittelt. Ferner ist das Leitungsorgan verantwortlich für die internen Kontrollen, die es als notwendig erachtet, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist das Leitungsorgan dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Quasi-Internationalen Organisation zur Fortführung der Geschäftstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Geschäftstätigkeit - sofern einschlägig - anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Geschäftstätigkeit anzuwenden, es sei denn, das Leitungsorgan beabsichtigt, entweder der Quasi-Internationalen Organisation zu liquidieren oder die Geschäftstätigkeit einzustellen oder hat keine realistische Alternative dazu.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Quasi-Internationalen Organisation abzugeben.

- Wir beurteilen die Angemessenheit der von dem Leitungsorgan angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem Leitungsorgan dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Geschäftstätigkeit durch das Leitungsorgan sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Quasi-Internationalen Organisation zur Fortführung der Geschäftstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Quasi-Internationalen Organisation von der Fortführung der Geschäftstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wien, 12.05.2025

Forvis Mazars Audit GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(vormals Mazars Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft)

forvis mazars

12.05.2025
ppa Bettina Maria Szaurer
qualified electronic signature

.....

ppa. Mag. Bettina Maria Szaurer

Wirtschaftsprüferin

5. BERICHT ÜBER DIE RECHNUNGSPRÜFUNG

Wir haben die Rechnungsprüfung des Vereins

Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership (REEEP),
Wien,

für das **Rechnungsjahr vom 01. Jänner 2024 bis zum 31. Dezember 2024** durchgeführt.

Verantwortung des Leitungsorgans für die Finanzgebarung

Die ordnungsgemäße Finanzgebarung der Quasi-Internationalen Organisation im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel liegt in der Verantwortung des Vorstandes der Quasi-Internationalen Organisation, der dafür zu sorgen hat, dass ein den Anforderungen der Quasi-Internationalen Organisation entsprechendes Rechnungswesen eingerichtet ist, und dass die Finanzlage der Quasi-Internationalen Organisation rechtzeitig und hinreichend erkennbar ist.

Verantwortung des Rechnungsprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfungshandlungen eine Beurteilung darüber abzugeben, ob in allen wesentlichen Belangen die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung gegeben ist und die Mittel der Quasi-Internationalen Organisation statutengemäß verwendet wurden. Festgestellte Gebarungsmängel oder Gefahren für den Bestand der Quasi-Internationalen Organisation sind im Rahmen unserer Berichterstattung aufzuzeigen, und auf ungewöhnliche Einnahmen oder Ausgaben, vor allem auf Insichgeschäfte, ist besonders einzugehen.

Wir haben unsere Rechnungsprüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und berufsüblichen Grundsätze zu vereinsrechtlichen Rechnungsprüfungen durchgeführt. Danach haben wir unsere Berufspflichten einschließlich Vorschriften zur Unabhängigkeit einzuhalten und den Auftrag unter Beachtung des Grundsatzes der Wesentlichkeit so zu planen und durchzuführen, dass wir unsere Beurteilung mit einer hinreichenden Sicherheit abgeben können.

Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Rechnungsprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Rechnungsprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Rechnungslegung der Quasi-Internationalen Organisation von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der

internen Kontrollen des Vereins abzugeben. Die statutengemäße Verwendung der Mittel ist gegeben, wenn die Mittel zur Erfüllung des Vereinszwecks, insbesondere zur Finanzierung der für die Verwirklichung des Zwecks vorgesehenen Tätigkeiten, verwendet werden. Die Beurteilung der Sparsamkeit bzw. Wirtschaftlichkeit des Vorstandes der Quasi-Internationalen Organisation ist nicht Gegenstand der Rechnungsprüfung.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Aufgrund der bei unserer Rechnungsprüfung gewonnenen Erkenntnisse ist für das Rechnungsjahr vom 01. Jänner 2024 bis zum 31. Dezember 2024 in allen wesentlichen Belangen die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung gegeben, und die Verwendung der Mittel der Quasi-Internationalen Organisation erfolgte statutengemäß; ungewöhnliche Einnahmen oder Ausgaben, vor allem Insichgeschäfte, wurden nicht festgestellt.

Wien, 12.05.2025

Forvis Mazars Audit GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(vormals Mazars Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft)

forvis mazars

12.05.2025
ppa Bettina Maria Szaurer
qualified electronic signature

.....

ppa. Mag. Bettina Maria Szaurer

Wirtschaftsprüferin

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss.

BEILAGE A.
JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2024

Docusign Envelope ID: DD8FD009-042B-4C23-8D46-430E891E30BD

J A H R E S A B S C H L U S S

31. Dezember 2024

REEEP
Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership

Wagramer Straße 5
1400 Wien

Finanzamt Österreich
Steuernummer 09 370/9582

TPA Steuerberatung GmbH
Ein unabhängiges Mitglied der Baker Tilly Europe Alliance

Docusign Envelope ID: DD8FD009-042B-4C23-8D46-430E891E30BD

REEEP
Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership

Bilanz zum 31. Dezember 2024

AKTIVA	31.12.2024 EUR	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Software		1.964,60	7.957,61
II. Sachanlagen			
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.316,44	2.985,29
		3.281,04	**10.942,90**
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
1. noch nicht abrechenbare Leistungen		174.016,08	636.200,24
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände		0,00	-0,01
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		3.015.422,94	1.835.816,45
		3.189.439,02	**2.472.016,68**
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		**4.208,09**	**4.245,88**
SUMME AKTIVA		**3.196.928,15**	**2.487.205,46**

PASSIVA	31.12.2024 EUR	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. ÜBERHANG DES VERMÖGENS ÜBER DIE SCHULDEN			
I. Vereinsvermögen			
1. Vereinskapital			
Vereinskapital zu Beginn des Geschäftsjahres	1.431.626,92		1.274.312,16
Jahresergebnis	-68.909,77		157.314,76
		1.362.717,15	**1.431.626,92**
B. RÜCKSTELLUNGEN			
1. sonstige Rückstellungen		**120.082,01**	**149.070,93**
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten aus Zweckbindungen	1.616.140,23		788.234,26
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	318.031,15		0,00
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	1.298.109,08		788.234,26
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00		8,41
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	0,00		8,41
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	97.988,61		112.492,90
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	97.988,61		112.492,90
4. Sonstige Verbindlichkeiten	0,15		5.772,04
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	0,15		5.772,04
		1.714.128,99	**906.507,61**
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr		416.019,91	118.273,35
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr		1.298.109,08	788.234,26
SUMME PASSIVA		**3.196.928,15**	**2.487.205,46**

Signed by: Martijn Wilder D64D8EB558E84EF...
Signiert von: Elfriede Anna More 84A3B5227D78476...
DocuSigned by: Mark Fogarty B9ED784FF53E4B2...
Unterschrift

Docusign Envelope ID: DD8FD009-042B-4C23-8D46-430E891E30BD

Gewinn- und Verlustrechnung

für den Zeitraum vom 1. Jänner 2024 bis 31. Dezember 2024

	2024 EUR	2023 EUR
1. Vereinseinnahmen		
a. Spenden und sonstige Vermögenserwerbe	4.960.306,79	4.669.434,99
hievon gewidmet	4.960.306,79	4.669.434,99
b. Umwidmungen von zweckgebundenen Verpflichtungen	-1.260.948,85	202.395,28
c. sonstige Erlöse	531,73	3.897,02
	3.699.889,67	4.875.727,29
2. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen		
a. Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.718.136,90	2.631.383,64
3. Personalaufwand		
a. Gehälter	1.329.362,95	1.122.494,31
b. soziale Aufwendungen	362.728,44	300.912,54
aa) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	362.428,44	300.812,54
	1.692.091,39	1.423.406,85
4. Abschreibungen		
a. auf Sachanlagen	7.661,86	12.747,89
5. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a. übrige	363.535,19	447.682,85
6. ZWISCHENSUMME AUS Z 1 BIS 5 (BETRIEBSERGEBNIS)	**-81.535,67**	**360.506,06**
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	92.416,65	51.479,30
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	70.847,15	253.858,00
9. ZWISCHENSUMME AUS Z 7 BIS 8 (FINANZERGEBNIS)	**21.569,50**	**-202.378,70**
10. ERGEBNIS VOR STEUERN (SUMME AUS Z 6 UND Z 9)	**-59.966,17**	**158.127,36**
11. Steuern vom Einkommen	8.943,60	812,60
12. ERGEBNIS NACH STEUERN	**-68.909,77**	**157.314,76**
13. JAHRESFEHLBETRAG/-ÜBERSCHUSS	**-68.909,77**	**157.314,76**
14. AUFLÖSUNG VON VERMÖGENSRÜCKLAGEN	**68.909,77**	**-157.314,76**

Signed by: Martijn Wilder D64D8EB558E84EF...

Signiert von: Elfriede Anna More 84A3B5227D70476...

DocuSigned by: Mark Fogarty B9ED784FF53E4B2...

Unterschrift

Docusign Envelope ID: DD8FD009-042B-4C23-8D46-430E891E30BD

6. Anhang

6.1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

6.1.1. Allgemeine Grundsätze

Die Partnerschaft für erneuerbare Energie und Energieeffizienz (idF kurz REEEP genannt) ist ein Verein gemäß §13 Verg 2002, BGBl I Nr 66/2002, dessen Ersteintragung ins Vereinsregister unter der Zahl XV-6237/VVM/2004 mit 31.10.2003 erfolgte und der seither unter der ZVR-Zahl 928296155 geführt wird

Mit Bescheid des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten vom 13.01.2004 wurde dem Verein die Rechtsstellung einer Organisation im Sinne des Bundesgesetzes über die Einräumung von Privilegien an nichtstaatliche internationale Organisationen (NGO-Gesetz), BGBl Nr. 174/1992 eingeräumt.

Des Weiteren wurde REEEP der Status der Gemeinnützigkeit gemäß § 6 Abs. 1 des NGO-Gesetzes mit Bescheid des Bundesministeriums für Finanzen vom 06.12.2013 bis Ende 2019 zuerkannt. Die Verlängerung des Gemeinnützigkeitsstatus wurde 2023 beantragt und bis 31.12.2028 verlängert.

REEEP wurde 2016 (BGBl II Nr. 168/2016 - QuIOV 2016), 2017 (BGBl II Nr 404/2016 - QuIOV 2017), 2018 (BGBl II Nr 19/2018 - QuIOV 2018), 2019 (BGBl II Nr. 348/2018 – QuIOV 2019), 2020 (BGBl II Nr. 409/2019 – QuIOV 2020) und 2024 (BGBl II Nr. 174/2024) per Verordnung als „Quasi-Internationale Organisation“ im Sinne des § 7 Abs. 2 des NGO-Gesetzes eingestuft und ist laut Ausländerbeschäftigungsverordnung § 1 Abs. 12 vom Ausländerbeschäftigungsgesetz ausgenommen.

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften §§ 189 ff in der geltenden Fassung des Unternehmensgesetzbuchs (UGB) unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit entsprechend der gesetzlichen Regelungen eingehalten.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden - soweit gesetzlich geboten - berücksichtigt.

Docusign Envelope ID: DD8FD009-042B-4C23-8D46-430E891E30BD

6.1.2. Anlagevermögen

6.1.2.1. Immaterielles Anlagevermögen

Die erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten bewertet, die um die planmäßigen Abschreibungen vermindert sind.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden linear vorgenommen.

Folgende Nutzungsdauern wurden den planmäßigen Abschreibungen zugrundegelegt:

	Nutzungsdauer in Jahren
Software	3 - 5

6.1.2.2. Sachanlagen

Das abnutzbare Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, die um die planmäßigen Abschreibungen vermindert werden. Die geringwertigen Vermögensgegenstände bis zu einem Wert von EUR 1.000,00 wurden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden linear der voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechend vorgenommen.

Folgende Nutzungsdauern wurden den planmäßigen Abschreibungen zugrundegelegt:

	Nutzungsdauer in Jahren
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 - 5

6.1.3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen wurden mit dem Nennwert, die sonstigen Vermögensgegenstände mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt.

Fremdwährungsforderungen wurden mit ihrem Entstehungskurs oder mit dem niedrigeren Devisengeldkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

6.1.4. Rückstellungen

6.1.4.1. Sonstige Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe oder dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach bestmöglicher Schätzung zur Erfüllung der Verpflichtung aufgewendet werden müssen. Sämtliche Rückstellungen haben eine Laufzeit von weniger als einem Jahr.

Docusign Envelope ID: DD8FD009-042B-4C23-8D46-430E891E30BD

6.1.5. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Die Verbindlichkeiten aus Zweckwidmungen betreffen zweckgewidmete Zuwendungen, die erst in künftigen Geschäftsjahren widmungsgemäße Verwendung finden werden, und sind mit dem Einzahlungsbetrag angesetzt.

6.1.6. Währungsumrechnung

Fremdwährungsforderungen wurden mit dem Anschaffungskurs oder dem niedrigeren Devisengeldkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

Fremdwährungsverbindlichkeiten wurden mit dem Anschaffungskurs oder dem höheren Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

Die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden auch bei der Erstellung des vorliegenden Jahresabschlusses beibehalten.

Docusign Envelope ID: DD8FD009-042B-4C23-8D46-430E891E30BD

6.2. Erläuterungen der Vermögensübersicht

6.2.1. Anlagevermögen

Entwicklung

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung nach einzelnen Posten sind im Anlagenspiegel als Beilage zum Anhang dargestellt. Weitere Betriebs- und Geschäftsausstattung liegen nicht vor, da der laufende Mietvertrag ein Nutzungsrecht an bestehender Geschäftsausstattung inkludiert.

6.2.2. Umlaufvermögen

6.2.2.1. Noch nicht abrechenbare Leistungen

Die noch nicht abrechenbaren Leistungen wurden zu Herstellkosten bewertet.

6.2.2.2. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

Die Bewertung von Projektmitteln in fremder Währung, bei denen ausschließlich eine Verwendung auf gleichlautende fremde Währung vorgesehen ist und es daher zu keinen tatsächlichen Kursverlusten kommen kann, erfolgt zum Bilanzstichtag zum Entstehungskurs.

6.2.2.3. Rechnungsabgrenzungsposten

		31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
2900	aktive Rechnungsabgrenzungsposten	4.208,09	4.245,88

Docusign Envelope ID: DD8FD009-042B-4C23-8D46-430E891E30BD

6.2.3. Eigenkapital

6.2.3.1. Vereinsvermögen

	2024 EUR	2023 EUR
Stand zum Beginn des Geschäftsjahres	1.431.626,92	1.274.312,16
Zuweisung Gewinnrücklage / Auflösung Jahresfehlbetrag	-68.909,77	157.314,76
Stand zum Ende des Geschäftsjahres	**1.362.717,15**	**1.431.626,92**

Da davon ausgegangen wird, dass alle erwirtschafteten Überschüsse auch in Zukunft wieder der Projektarbeit dienen, wurde ein allfälliger Jahresfehlbetrag über die Gewinnrücklage kompensiert. Im Falle von Jahresüberschüssen wird der gesamte Gewinnvortrag ebenfalls der Gewinnrücklage zugeführt.

6.2.3.2. Rückstellungen

Zusammensetzung und Entwicklung der Rückstellungen:

		Stand 01.01.2024 EUR	Verwendung EUR	Zuweisung EUR	Stand 31.12.2024 EUR
RÜCKSTELLUNGEN					
sonstige Rückstellungen					
3050	Rückstellungen für Jahresabschluss	10.500,00	10.500,00	10.500,00	10.500,00
3051	Rückstellungen für Abschlussprüfungen	24.816,00	24.816,00	13.500,00	13.500,00
3900	Rückstellungen für nicht konsumierte Urlaube	55.731,82	55.731,82	39.873,93	39.873,93
3990	Sonstige Rückstellungen	58.023,11	58.023,11	56.208,08	56.208,08
		149.070,93	149.070,93	120.082,01	120.082,01

Docusign Envelope ID: DD8FD009-042B-4C23-8D46-430E891E30BD

6.2.3.3. Verbindlichkeiten

Aufgliederung:

	Gesamtbetrag EUR	davon Restlaufzeit bis 1 Jahr EUR	davon Restlaufzeit über 1 Jahr EUR	davon Restlaufzeit zw. 1 und 5 Jahre EUR
Verbindlichkeiten aus Zweckbindungen				
3012 PFAN - UNIDO - b/f	113.798,97	113.798,97	0,00	0,00
Vorjahr	*208.445,87*	*0,00*	*208.445,87*	*208.445,87*
3013 PFAN - ICETT- b/f	148.794,33	0,00	148.794,33	148.794,33
Vorjahr	*139.893,60*	*0,00*	*139.893,60*	*139.893,60*
3085 Austria Nepal Blended Finance Investitionskapital	148.979,81	0,00	148.979,81	148.979,81
Vorjahr	*143.529,28*	*0,00*	*143.529,28*	*143.529,28*
3086 Austria Nepal Blended Finance Human Resources	7.289,38	0,00	7.289,38	7.289,38
Vorjahr	*10.225,85*	*0,00*	*10.225,85*	*10.225,85*
3089 Austria Nepal Blended Finance Überhang	601,50	0,00	601,50	601,50
Vorjahr	*757,13*	*0,00*	*757,13*	*757,13*
3180 OFID Verpflichtung (revolvierender Kapitalpool)	109.212,36	0,00	109.212,36	109.212,36
Vorjahr	*142.845,09*	*0,00*	*142.845,09*	*142.845,09*
3183 OFID Kontingent	2.084,82	0,00	2.084,82	2.084,82
Vorjahr	*1.960,11*	*0,00*	*1.960,11*	*1.960,11*
3184 OFID IA	6.328,62	0,00	6.328,62	6.328,62
Vorjahr	*5.950,05*	*0,00*	*5.950,05*	*5.950,05*
3265 PURE Growth b/f	845.530,95	0,00	845.530,95	845.530,95
Vorjahr	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*
3267 PFAN LAC b/f	155.690,00	155.690,00	0,00	0,00
Vorjahr	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*
3268 GCIP b/f	13.202,21	0,00	13.202,21	13.202,21
Vorjahr	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*
3271 Kambodscha Fonds (BMF-Kern) b/f	16.085,10	0,00	16.085,10	16.085,10
Vorjahr	*16.085,10*	*0,00*	*16.085,10*	*16.085,10*
3288 b/f WMS RECP	48.542,18	48.542,18	0,00	0,00
Vorjahr	*118.542,18*	*0,00*	*118.542,18*	*118.542,18*
	1.616.140,23	318.031,15	1.298.109,08	1.298.109,08
Vorjahr	*788.234,26*	*0,00*	*788.234,26*	*788.234,26*
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
2874 HYPO NÖ PURE EUR AT425300006555013483	0,00	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	*8,41*	*8,41*	*0,00*	*0,00*
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
3300 Lieferverbindlichkeiten	97.988,61	97.988,61	0,00	0,00
Vorjahr	*112.492,90*	*112.492,90*	*0,00*	*0,00*
Sonstige Verbindlichkeiten				

Docusign Envelope ID: DD8FD009-042B-4C23-8D46-430E891E30BD

3541 Verrechnung Dienstgeberbeitrag	0,00	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	*184,08*	*184,08*	*0,00*	*0,00*
3602 Verrechnung ÖGK	0,05	0,05	0,00	0,00
Vorjahr	*1.075,15*	*1.075,15*	*0,00*	*0,00*
3640 Verrechnung Löhne und Gehälter	0,10	0,10	0,00	0,00
Vorjahr	*4.512,81*	*4.512,81*	*0,00*	*0,00*
	0,15	0,15	0,00	0,00
Vorjahr	*5.772,04*	*5.772,04*	*0,00*	*0,00*
	1.714.128,99	416.019,91	1.298.109,08	1.298.109,08
VORJAHR	*906.507,61*	*118.273,35*	*788.234,26*	*788.234,26*

6.2.3.4. Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen

Aus dem bestehenden Mietvertrag ergeben sich für das kommende Geschäftsjahr Verpflichtungen in Höhe von EUR 90.245,52 (Vj. EUR 90.245,52). Die Verpflichtungen belaufen sich hochgerechnet auf die nächsten fünf Jahre auf EUR 451.227,60 (Vj. EUR 451.227,60). Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate.

Docusign Envelope ID: DD8FD009-042B-4C23-8D46-430E891E30BD

6.3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

6.3.1. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

6.3.1.1. Zuwendungen ohne Zweckwidmung

4109 Erträge Österreich	2024	€	160.000,00
	2023	€	200.000,00
4100 Stripe Donation	2024	€	0,00
	2023	€	52,00

Zuwendungen ohne Zweckwidmungen werden nach Erhalt in voller Höhe als Erträge erfasst und dienen zur Abdeckung allgemeiner Aufwendungen in Verbindung mit der Erhaltung des Netzwerks im Geschäftsjahr.

6.3.1.2. Zuwendungen mit Zweckwidmung

	2024 EUR	2023 EUR
Zuwendungen zu "Market Accelaration" Projekten	2.356.886,51	1.195.007,29
Zuwendungen zu Analytics / Open Knowledge Projekten	7.426,22	14.292,84
Zuwendungen zu PFAN Projekten	2.435.994,06	3.260.082,86
	4.800.306,79	**4.469.382,99**

Zuwendungen mit Zweckwidmungen werden als Erträge verbucht, sobald ihnen direkt zurechenbare projektbezogene Aufwendungen gegenüberstehen. Sofern noch keine Projektaufwendungen angefallen sind, erfolgt der Ausweis der korrespondierenden projektbezogenen Zuwendungen unter den Verbindlichkeiten aus Zweckwidmungen.

6.3.1.3. Umwidmungen von zweckgebundenen Verpflichtungen

	2024 EUR	2023 EUR
4600 Veränderung der Verbindlichkeiten aus zweckgebundenen Mitteln	-834.115,15	358.674,41
4601 Veränderung noch nicht abrechenbarer Leistungen	-462.184,16	-156.279,13
4602 Veränderung der Verbindlichkeiten aus zweckgebundenen Mitteln Vorjahre	35.350,46	0,00
	-1.260.948,85	202.395,28

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 wurde festgestellt, dass Abgrenzungen von zeckgebundenen Mitteln in Vorjahren um EUR 35.350,46 zu hoch vorgenommen wurden. Die Korrektur erfolgte im laufenden Geschäftsjahr.

Docusign Envelope ID: DD8FD009-042B-4C23-8D46-430E891E30BD

6.3.1.4. Aufwendungen mit Zweckwidmung

		2024 EUR	2023 EUR
5420	Kommunikation	0,00	15.062,50
5700	Projektbezogene Reisespesen REEEP Mitarbeiter	53.508,56	38.651,63
5701	Projektbezogene Reisespesen nicht-REEEP Mitarbeiter	85.767,73	7.240,88
5702	Projektbezogene Reisespesen Per Diem REEEP Mitarbeiter	56.406,07	33.916,94
5703	Projektbezogene Reisespesen Per Diem nicht-REEEP Mitarbeiter	18.274,49	2.709,54
5710	Sonstige projektbezogene Aufwendungen	120,24	76.361,49
5712	Kommunikation Projekte	5.109,64	0,00
5715	REEEP Beratungsaufwand (externe Ressourcen)	91.058,74	65.624,98
5718	Miete Veranstaltungsorte, Ausrüstung und Catering	4.782,64	13.487,76
5719	Projektbezogene Besprechungsaufwendungen	0,00	3.510,60
5720	Projektbezogene Beratungsaufwendungen	11.187,50	52.241,95
5721	PFAN Beratungs- und Coachingaufwendungen	520.433,21	1.260.102,95
5722	Subverträge für Dienstleistungen	759.498,66	777.034,83
5723	PFAN-Beratungsaufwendungen - Länderkoordination	46.548,17	167.004,86
5724	PFAN-Beratungsaufwendungen - Bewertungen	0,00	10.452,93
5730	Projektbezogene Rechtsberatung	7.081,13	0,00
5740	Projektbezogene IT-Aufwendungen	39.482,04	81.331,73
5750	Projektbezogene Bankspesen REEEP	16.379,08	23.732,57
5760	Projektbezogener Mietaufwand	2.499,00	2.915,50
		1.718.136,90	2.631.383,64

6.3.1.5. Personalaufwand

		2024 EUR	2023 EUR
6000	Gehälter	1.161.667,06	949.977,43
6010	Sonderzahlungen	182.916,90	164.253,16
6210	Überstunden (Angestellte)	636,88	10.848,62
6230	Prämien und Provisionen (Angestellte)	0,00	2.683,97
7910	Veränderung Rückstellungen für nicht konsumierte Urlaube	-15.857,89	-5.268,87
6100	Gesetzlicher Sozialaufwand und Dienstgeberbeitrag	333.239,58	275.757,16
6200	Mitarbeitervorsorgekasse	19.617,58	16.172,76
6651	Wiener Dienstgeberabgabe (U-Bahn-Abgabe)	2.228,00	2.204,00
6652	Job-Ticket	7.343,28	6.678,62
6890	Sonstiger Personalaufwand	300,00	100,00
		1.692.091,39	1.423.406,85

Das Konto "Gesetztlicher Sozialaufwand und Dienstgeberbeitrag" beinhaltet sowohl die Sozialversicherung und den Dienstgeberbeitrag, die in Österreich zu entrichten waren (EUR 318.330,19, Vj. EUR 260.750,22), als auch die Lohnnebenkosten des in Deutschland beschäftigten Mitarbeiters (EUR 14.909,39, Vj. EUR 15.006,94).

6.3.1.6. Abschreibungen

		2024 EUR	2023 EUR
7900	Abschreibungen	7.661,86	12.660,10
7908	Buchwertabgang	0,00	87,79
		7.661,86	12.747,89

Docusign Envelope ID: DD8FD009-042B-4C23-8D46-430E891E30BD

6.3.1.7. Sonstige betriebliche Aufwendungen

		2024 EUR	2023 EUR
7200	Kommunikation (PR, VR)	6.838,12	16.401,68
7000	Reisespesen REEEP Mitarbeiter	7.615,10	4.945,80
7001	Reisespesen nicht-REEEP Mitarbeiter	5.839,08	11.259,60
7002	Reisespesen Per Diem REEEP Mitarbeiter	9.335,12	8.763,90
7003	Reisespesen Per Diem nicht-REEEP Mitarbeiter	7.941,20	10.802,90
7010	Miete	90.245,52	90.245,52
7014	Büromaterial	410,03	1.319,34
7012	Telekommunikation	744,86	889,15
7017	Post und Kurierdienste	11,60	5,50
7019	Besprechungen und Catering	1.587,01	1.870,95
7210	PR Aufwendungen	0,00	150,66
7025	Versicherungen	10.578,05	10.612,27
7020	Rechts- und Beratungsaufwand	46.354,89	25.718,40
7030	Lohnverrechnungs- und Buchhaltungsaufwand	33.380,18	47.946,08
7032	Übersetzungen	334,00	0,00
7060	Prüfungsaufwand	14.252,00	19.830,00
7070	Werbung, Inserate	0,00	352,48
7211	Jahresabschluss	10.500,00	10.761,73
7220	REEEP-Beratungsaufwand (nicht projektbezogen, externe Ressourcen)	97.201,38	147.341,27
7016	Fachliteratur und Zeitungen	660,00	239,00
7050	IT Aufwendungen	15.651,69	32.050,91
7072	Aus- und Weiterbildung	0,00	708,00
7090	Bankspesen	2.180,44	2.020,71
7230	Website	1.856,00	3.447,00
7840	sonstige betriebliche Aufwendungen	19,99	0,00
7950	Centausgleich	-1,07	0,00
		363.535,19	447.682,85

Auf dem Konto Prüfungsaufwand sind Aufwendungen für den Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024 in Höhe von EUR 13.500,00 (Vorjahr: EUR 12.408,00) erfasst und betreffen ausschließlich Prüfungsleistungen. Die restlichen Aufwendungen in Höhe von EUR 752,00 betreffen Prüfungsleistungen der Vorjahre, für die keine ausreichende Rückstellung gebildet wurde.

6.3.1.8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

		2024 EUR	2023 EUR
4930	Fremdwährungskursgewinne	56.057,99	47.756,60
8400	Zinserträge	36.358,66	3.722,70
		92.416,65	51.479,30

6.3.1.9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

		2024 EUR	2023 EUR
7098	Fremdwährungskursverluste	70.817,65	253.858,00
8301	Säumniszuschläge	29,50	0,00
		70.847,15	253.858,00

Docusign Envelope ID: DD8FD009-042B-4C23-8D46-430E891E30BD

6.3.2. Organe und Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr waren folgende Personen als organschaftliche Vertreter tätig:

Mitglieder des Vorstandes und Vertretungsbefugnis:

Martijn Wilder, Obmann, kollektiv seit 31.03.2022
Silke Krawietz, Obmann-Stellvertreterin, kollektiv seit 31.03.2022
Elfriede A. More, Schriftführerin, kollektiv seit 05.03.2008
Mark Fogarty, Sydney, Kassier, kollektiv seit 06.12.2021

Sonstige:

Christine Eibs Singer, Washington DC
Twarath Sutabutr, Bangkok
Arab Hoballah, Athen
Mark Lambrides, Washington DC
Alois Mhlanga, Wien
Greg Murray, London

Der Vorstand vertritt den Verein nach außen. Schriftliche Ausfertigungen, die Verpflichtungen des Vereins betreffen, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschriften des Obmanns/der Obfrau und des Schriftführers/der Schriftführerin. Im Falle einer Verhinderung treten an deren Stelle die jeweiligen Stellvertreter.

Die Vorstandsmitglieder haben keine Bezüge erhalten und es wurden keine Kredite an sie gewährt.

Die Durchschnittszahl der im Geschäftsjahr beschäftigten Angestellten betrug 23 (Vorjahr: 22).
Vorschüsse oder Kredite an Arbeitnehmer bestehen nicht.

6.3.3. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses lagen aus Sicht der Geschäftsführung keine wesentlichen Ereignisse nach dem Abschlussstichtag vor, die weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind und im Anhang offenzulegen wären.

Signed by: Martijn Wilder D64D8EB558E84EF...
8/5/2025

Signiert von: Elfriede Anna More 84A3B5227D70476...
9/5/2025

DocuSigned by: Mark Fogarty B9ED784FF53E4B2...

Docusign Envelope ID: DD8FD009-042B-4C23-8D46-430E891E30BD

REEEP
Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership

Entwicklung des Anlagevermögens
für das Geschäftsjahr vom
1. Jänner 2024 bis 31. Dezember 2024

	Anschaffungs-/Herstellungskosten					kumulierte Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand 01.01.2024 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Stand 31.12.2024 EUR	Stand 01.01.2024 EUR	Abschreibungen EUR	Zuschreibungen EUR	Abgänge EUR	Stand 31.12.2024 EUR	Stand 01.01.2024 EUR	Stand 31.12.2024 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN												
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Software	41.006,70	0,00	0,00	0,00	41.006,70	33.049,09	5.993,01	0,00	0,00	39.042,10	7.957,61	1.964,60
II. Sachanlagen												
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	32.391,34	0,00	943,75	0,00	31.447,59	29.406,05	1.668,85	0,00	943,75	30.131,15	2.985,29	1.316,44
SUMME ANLAGENSPIEGEL	**73.398,04**	**0,00**	**943,75**	**0,00**	**72.454,29**	**62.455,14**	**7.661,86**	**0,00**	**943,75**	**69.173,25**	**10.942,90**	**3.281,04**

BEILAGE B.
ALLGEMEINE AUFTRAGSBEDINGUNGEN FÜR WIRTSCHAFTSTREUHANDBERUFE

KAMMER DER STEUERBERATER:INNEN UND WIRTSCHAFTSPRÜFER:INNEN

General Conditions of Contract for the Public Accounting Professions (AAB 2018)

Provided by the Board of the Chamber of Tax Advisers and Auditors

Preamble and General Items

(1) Contract within the meaning of these Conditions of Contract refers to each contract on services to be rendered by a person entitled to exercise profession in the field of public accounting exercising that profession (de facto activities as well as providing or performing legal transactions or acts, in each case pursuant to Sections 2 or 3 Austrian Public Accounting Professions Act (WTBG 2017). The parties to the contract shall hereinafter be referred to as the "contractor" on the one hand and the "client" on the other hand).

(2) The General Conditions of Contract for the professions in the field of public accounting are divided into two sections: The Conditions of Section I shall apply to contracts where the agreeing of contracts is part of the operations of the client's company (entrepreneur within the meaning of the Austrian Consumer Protection Act. They shall apply to consumer business under the Austrian Consumer Protection Act (Federal Act of March 8, 1979 / Federal Law Gazette No. 140 as amended) insofar as Section II does not provide otherwise for such business.

(3) In the event that an individual provision is void, the invalid provision shall be replaced by a valid provision that is as close as possible to the desired objective.

SECTION I

1. Scope and Execution of Contract

(1) The scope of the contract is generally determined in a written agreement drawn up between the client and the contractor. In the absence of such a detailed written agreement, (2)-(4) shall apply in case of doubt:

(2) When contracted to perform tax consultation services, consultation shall consist of the following activities:
a) preparing annual tax returns for income tax and corporate tax as well as value-added tax (VAT) on the basis of the financial statements and other documents and papers required for taxation purposes and to be submitted by the client or (if so agreed) prepared by the contractor. Unless explicitly agreed otherwise, documents and papers required for taxation purposes shall be produced by the client.
b) examining the tax assessment notices for the tax returns mentioned under a).
c) negotiating with the fiscal authorities in connection with the tax returns and notices mentioned under a) and b).
d) participating in external tax audits and assessing the results of external tax audits with regard to the taxes mentioned under a).
e) participating in appeal procedures with regard to the taxes mentioned under a).
If the contractor receives a flat fee for regular tax consultation, in the absence of written agreements to the contrary, the activities mentioned under d) and e) shall be invoiced separately.

(3) Provided the preparation of one or more annual tax return(s) is part of the contract accepted, this shall not include the examination of any particular accounting conditions nor the examination of whether all relevant concessions, particularly those with regard to value added tax, have been utilized, unless the person entitled to exercise the profession can prove that he/she has been commissioned accordingly.

(4) In each case, the obligation to render other services pursuant to Sections 2 and 3 WTBG 2017 requires for the contractor to be separately and verifiably commissioned.

(5) The aforementioned paragraphs (2) to (4) shall not apply to services requiring particular expertise provided by an expert.

(6) The contractor is not obliged to render any services, issue any warnings or provide any information beyond the scope of the contract.

(7) The contractor shall have the right to engage suitable staff and other performing agents (subcontractors) for the execution of the contract as well as to have a person entitled to exercise the profession substitute for him/her in executing the contract. Staff within the meaning of these Conditions of Contract refers to all persons who support the contractor in his/her operating activities on a regular or permanent basis, irrespective of the type of underlying legal transaction.

(8) In rendering his/her services, the contractor shall exclusively take into account Austrian law; foreign law shall only be taken into account if this has been explicitly agreed upon in writing.

(9) Should the legal situation change subsequent to delivering a final professional statement passed on by the client orally or in writing, the contractor shall not be obliged to inform the client of changes or of the consequences thereof. This shall also apply to the completed parts of a contract.

(10) The client shall be obliged to make sure that the data made available by him/her may be handled by the contractor in the course of rendering the services. In this context, the client shall particularly but not exclusively comply with the applicable provisions under data protection law and labor law.

(11) Unless explicitly agreed otherwise, if the contractor electronically submits an application to an authority, he/she acts only as a messenger and this does not constitute a declaration of intent or knowledge attributable to him/her or a person authorized to submit the application.

(12) The client undertakes not to employ persons that are or were staff of the contractor during the contractual relationship, during and within one year after termination of the contractual relationship, either in his/her company or in an associated company, failing which he/she shall be obliged to pay the contractor the amount of the annual salary of the member of staff taken over.

2. Client's Obligation to Provide Information and Submit Complete Set of Documents

(1) The client shall make sure that all documents required for the execution of the contract be placed without special request at the disposal of the contractor at the agreed date, and in good time if no such date has been agreed, and that he/she be informed of all events and circumstances which may be of significance for the execution of the contract. This shall also apply to documents, events and circumstances which become known only after the contractor has commenced his/her work.

(2) The contractor shall be justified in regarding information and documents presented to him/her by the client, in particular figures, as correct and complete and to base the contract on them. The contractor shall not be obliged to identify any errors unless agreed separately in writing. This shall particularly apply to the correctness and completeness of bills. However, he/she is obliged to inform the client of any errors identified by him/her. In case of financial criminal proceedings he/she shall protect the rights of the client.

(3) The client shall confirm in writing that all documents submitted, all information provided and explanations given in the context of audits, expert opinions and expert services are complete.

(4) If the client fails to disclose considerable risks in connection with the preparation of financial statements and other statements, the contractor shall not be obliged to render any compensation insofar as these risks materialize.

(5) Dates and time schedules stated by the contractor for the completion of the contractor's products or parts thereof are best estimates and, unless otherwise agreed in writing, shall not be binding. The same applies to any estimates of fees: they are prepared to best of the contractor's knowledge; however, they shall always be non-binding.

(6) The client shall always provide the contractor with his/her current contact details (particularly the delivery address). The contractor may rely on the validity of the contact details most recently provided by the client, particularly have deliveries made to the most recently provided address, until such time as new contact details are provided.

3. Safeguarding of Independence

(1) The client shall be obliged to take all measures to prevent that the independence of the staff of the contractor be jeopardized and shall himself/herself refrain from jeopardizing their independence in any way. In particular, this shall apply to offers of employment and to offers to accept contracts on their own account.

(2) The client acknowledges that his/her personal details required in this respect, as well as the type and scope of the services, including the performance period agreed between the contractor and the client for the services (both audit and non-audit services), shall be handled within a network (if any) to which the contractor belongs, and for this purpose transferred to the other members of the network including abroad for the purpose of examination of the existence of grounds of bias or grounds for exclusion and conflicts of interest. For this purpose the client expressly releases the contractor in accordance with the Data Protection Act and in accordance with Section 80 (4) No. 2 WTBG 2017 from his/her obligation to maintain secrecy. The client can revoke the release from the obligation to maintain secrecy at any time.

4. Reporting Requirements

(1) (Reporting by the contractor) In the absence of an agreement to the contrary, a written report shall be drawn up in the case of audits and expert opinions.

(2) (Communication to the client) All contract-related information and opinions, including reports, (all declarations of knowledge) of the contractor, his/her staff, other performing agents or substitutes ("professional statements") shall only be binding provided they are set down in writing. Professional statements in electronic file formats which are made, transferred or confirmed by fax or e-mail or using similar types of electronic communication (that can be stored and reproduced but is not oral, i.e. e.g. text messages but not telephone) shall be deemed as set down in writing; this shall only apply to professional statements. The client bears the risk that professional statements may be issued by persons not entitled to do so as well as the transfer risk of such professional statements.

(3) (Communication to the client) The client hereby consents to the contractor communicating with the client (e.g. by e-mail) in an unencrypted manner. The client declares that he/she has been informed of the risks arising from the use of electronic communication (particularly access to, maintaining secrecy of, changing of messages in the course of transfer). The contractor, his/her staff, other performing agents or substitutes are not liable for any losses that arise as a result of the use of electronic means of communication.

(4) (Communication to the contractor) Receipt and forwarding of information to the contractor and his/her staff are not always guaranteed when the telephone is used, in particular in conjunction with automatic telephone answering systems, fax, e-mail and other types of electronic communication. As a result, instructions and important information shall only be deemed to have been received by the contractor provided they are also received physically (not by telephone, orally or electronically), unless explicit confirmation of receipt is provided in individual instances. Automatic confirmation that items have been transmitted and read shall not constitute such explicit confirmations of receipt. This shall apply in particular to the transmission of decisions and other information relating to deadlines. As a result, critical and important notifications must be sent to the contractor by mail or courier. Delivery of documents to staff outside the firm's offices shall not count as delivery.

(5) (General) In writing shall mean, insofar as not otherwise laid down in Item 4. (2), written form within the meaning of Section 886 Austrian Civil Code (ABGB) (confirmed by signature). An advanced electronic signature (Art. 26 eIDAS Regulation (EU) No. 910/2014) fulfills the requirement of written form within the meaning of Section 886 ABGB (confirmed by signature) insofar as this is at the discretion of the parties to the contract.

(6) (Promotional information) The contractor will send recurrent general tax law and general commercial law information to the client electronically (e.g. by e-mail). The client acknowledges that he/she has the right to object to receiving direct advertising at any time.

5. Protection of Intellectual Property of the Contractor

(1) The client shall be obliged to ensure that reports, expert opinions, organizational plans, drafts, drawings, calculations and the like, issued by the contractor, be used only for the purpose specified in the contract (e.g. pursuant to Section 44 (3) Austrian Income Tax Act 1988). Furthermore, professional statements made orally or in writing by the contractor may be passed on to a third party for use only with the written consent of the contractor.

(2) The use of professional statements made orally or in writing by the contractor for promotional purposes shall not be permitted; a violation of this provision shall give the contractor the right to terminate without notice to the client all contracts not yet executed.

(3) The contractor shall retain the copyright on his/her work. Permission to use the work shall be subject to the written consent by the contractor.

6. Correction of Errors

(1) The contractor shall have the right and shall be obliged to correct all errors and inaccuracies in his/her professional statement made orally or in writing which subsequently come to light and shall be obliged to inform the client thereof without delay. He/she shall also have the right to inform a third party acquainted with the original professional statement of the change.

(2) The client has the right to have all errors corrected free of charge if the contractor can be held responsible for them; this right will expire six months after completion of the services rendered by the contractor and/or – in cases where a written professional statement has not been delivered – six months after the contractor has completed the work that gives cause to complaint.

(3) If the contractor fails to correct errors which have come to light, the client shall have the right to demand a reduction in price. The extent to which additional claims for damages can be asserted is stipulated under Item 7.

7. Liability

(1) All liability provisions shall apply to all disputes in connection with the contractual relationship, irrespective of the legal grounds. The contractor is liable for losses arising in connection with the contractual relationship (including its termination) only in case of willful intent and gross negligence. The applicability of Section 1298 2nd Sentence ABGB is excluded.

(2) In cases of gross negligence, the maximum liability for damages due from the contractor is tenfold the minimum insurance sum of the professional liability insurance according to Section 11 WTBG 2017 as amended.

(3) The limitation of liability pursuant to Item 7. (2) refers to the individual case of damages. The individual case of damages includes all consequences of a breach of duty regardless of whether damages arose in one or more consecutive years. In this context, multiple acts or failures to act that are based on the same or similar source of error as one consistent breach of duty if the matters concerned are legally and economically connected. Single damages remain individual cases of damage even if they are based on several breaches of duty. Furthermore, the contractor's liability for loss of profit as well as collateral, consequential, incidental or similar losses is excluded in case of willful damage.

(4) Any action for damages may only be brought within six months after those entitled to assert a claim have gained knowledge of the damage, but no later than three years after the occurrence of the (primary) loss following the incident upon which the claim is based, unless other statutory limitation periods are laid down in other legal provisions.

(5) Should Section 275 Austrian Commercial Code (UGB) be applicable (due to a criminal offense), the liability provisions contained therein shall apply even in cases where several persons have participated in the execution of the contract or where several activities requiring compensation have taken place and irrespective of whether other participants have acted with intent.

(6) In cases where a formal auditor's report is issued, the applicable limitation period shall commence no later than at the time the said auditor's report was issued.

(7) If activities are carried out by enlisting the services of a third party, e.g. a data-processing company, any warranty claims and claims for damages which arise against the third party according to law and contract shall be deemed as having been passed on to the client once the client has been informed of them. Item 4. (3) notwithstanding, in such a case the contractor shall only be liable for fault in choosing the third party.

(8) The contractor's liability to third parties is excluded in any case. If third parties come into contact with the contractor's work in any manner due to the client, the client shall expressly clarify this fact to them. Insofar as such exclusion of liability is not legally permissible or a liability to third parties has been assumed by the contractor in exceptional cases, these limitations of liability shall in any case also apply to third parties on a subsidiary basis. In any case, a third party cannot raise any claims that go beyond any claim raised by the client. The maximum sum of liability shall be valid only once for all parties injured, including the compensation claims of the client, even if several persons (the client and a third party or several third parties) have sustained losses; the claims of the parties injured shall be satisfied in the order in which the claims have been raised. The client will indemnify and hold harmless the contractor and his/her staff against any claims by third parties in connection with professional statements made orally or in writing by the contractor and passed on to these third parties.

(9) Item 7. shall also apply to any of the client's liability claims to third parties (performing agents and vicarious agents of the contractor) and to substitutes of the contractor relating to the contractual relationship.

8. Secrecy, Data Protection

(1) According to Section 80 WTBG 2017 the contractor shall be obliged to maintain secrecy in all matters that become known to him/her in connection with his/her work for the client, unless the client releases him/her from this duty or he/she is bound by law to deliver a statement.

(2) Insofar as it is necessary to pursue the contractor's claims (particularly claims for fees) or to dispute claims against the contractor (particularly claims for damages raised by the client or third parties against the contractor), the contractor shall be released from his/her professional obligation to maintain secrecy.

(3) The contractor shall be permitted to hand on reports, expert opinions and other written statements pertaining to the results of his/her services to third parties only with the permission of the client, unless he/she is required to do so by law.

(4) The contractor is a data protection controller within the meaning of the General Data Protection Regulation ("GDPR") with regard to all personal data processed under the contract. The contractor is thus authorized to process personal data entrusted to him/her within the limits of the contract. The material made available to the contractor (paper and data carriers) shall generally be handed to the client or to third parties appointed by the client after the respective rendering of services has been completed, or be kept and destroyed by the contractor if so agreed. The contractor is authorized to keep copies thereof insofar as he/she needs them to appropriately document his/her services or insofar as it is required by law or customary in the profession.

(5) If the contractor supports the client in fulfilling his/her duties to the data subjects arising from the client's function as data protection controller, the contractor shall be entitled to charge the client for the actual efforts undertaken. The same shall apply to efforts undertaken for information with regard to the contractual relationship which is provided to third parties after having been released from the obligation to maintain secrecy to third parties by the client.

9. Withdrawal and Cancellation („Termination")

(1) The notice of termination of a contract shall be issued in writing (see also Item 4. (4) and (5)). The expiry of an existing power of attorney shall not result in a termination of the contract.

(2) Unless otherwise agreed in writing or stipulated by force of law, either contractual partner shall have the right to terminate the contract at any time with immediate effect. The fee shall be calculated according to Item 11.

(3) However, a continuing agreement (fixed-term or open-ended contract on – even if not exclusively – the rendering of repeated individual services, also with a flat fee) may, without good reason, only be terminated at the end of the calendar month by observing a period of notice of three months, unless otherwise agreed in writing.

(4) After notice of termination of a continuing agreement and unless otherwise stipulated in the following, only those individual tasks shall still be completed by the contractor (list of assignments to be completed) that can (generally) be completed fully within the period of notice insofar as the client is notified in writing within one month after commencement of the termination notice period within the meaning of Item 4. (2). The list of assignments to be completed shall be completed within the termination period if all documents required are provided without delay and if no good reason exists that impedes completion.

(5) Should it happen that in case of a continuing agreement more than two similar assignments which are usually completed only once a year (e.g. financial statements, annual tax returns, etc.) are to be completed, any such assignments exceeding this number shall be regarded as assignments to be completed only with the client's explicit consent. If applicable, the client shall be informed of this explicitly in the statement pursuant to Item 9. (4).

10. Termination in Case of Default in Acceptance and Failure to Cooperate on the Part of the Client and Legal Impediments to Execution

(1) If the client defaults on acceptance of the services rendered by the contractor or fails to carry out a task incumbent on him/her either according to Item 2. or imposed on him/her in another way, the contractor shall have the right to terminate the contract without prior notice. The same shall apply if the client requests a way to execute (also partially) the contract that the contractor reasonably believes is not in compliance with the legal situation or professional principles. His/her fees shall be calculated according to Item 11. Default in acceptance or failure to cooperate on the part of the client shall also justify a claim for compensation made by the contractor for the extra time and labor hereby expended as well as for the damage caused, if the contractor does not invoke his/her right to terminate the contract.

(2) For contracts concerning bookkeeping, payroll accounting and administration and assessment of payroll-related taxes and contributions, a termination without prior notice by the contractor is permissible under Item 10. (1) if the client verifiably fails to cooperate twice as laid down in Item 2. (1).

11. Entitlement to Fee

(1) If the contract fails to be executed (e.g. due to withdrawal or cancellation), the contractor shall be entitled to the negotiated compensation (fee), provided he/she was prepared to render the services and was prevented from so doing by circumstances caused by the client, whereby a merely contributory negligence by the contractor in this respect shall be excluded; in this case the contractor need not take into account the amount he/she obtained or failed to obtain through alternative use of his/her own professional services or those of his/her staff.

(2) If a continuing agreement is terminated, the negotiated compensation for the list of assignments to be completed shall be due upon completion or in case completion fails due to reasons attributable to the client (reference is made to Item 11. (1). Any flat fees negotiated shall be calculated according to the services rendered up to this point.

(3) If the client fails to cooperate and the assignment cannot be carried out as a result, the contractor shall also have the right to set a reasonable grace period on the understanding that, if this grace period expires without results, the contract shall be deemed ineffective and the consequences indicated in Item 11. (1) shall apply.

(4) If the termination notice period under Item 9. (3) is not observed by the client as well as if the contract is terminated by the contractor in accordance with Item 10. (2), the contractor shall retain his/her right to receive the full fee for three months.

12. Fee

(1) Unless the parties explicitly agreed that the services would be rendered free of charge, an appropriate remuneration in accordance with Sections 1004 and 1152 ABGB is due in any case. Amount and type of the entitlement to the fee are laid down in the agreement negotiated between the contractor and his/her client. Unless a different agreement has verifiably been reached, payments made by the client shall in all cases be credited against the oldest debt.

(2) The smallest service unit which may be charged is a quarter of an hour.

(3) Travel time to the extent required is also charged.

(4) Study of documents which, in terms of their nature and extent, may prove necessary for preparation of the contractor in his/her own office may also be charged as a special item.

(5) Should a remuneration already agreed upon prove inadequate as a result of the subsequent occurrence of special circumstances or due to special requirements of the client, the contractor shall notify the client thereof and additional negotiations for the agreement of a more suitable remuneration shall take place (also in case of inadequate flat fees).

(6) The contractor includes charges for supplementary costs and VAT in addition to the above, including but not limited to the following (7) to (9):

(7) Chargeable supplementary costs also include documented or flat-rate cash expenses, traveling expenses (first class for train journeys), per diems, mileage allowance, copying costs and similar supplementary costs.

(8) Should particular third party liabilities be involved, the corresponding insurance premiums (including insurance tax) also count as supplementary costs.

(9) Personnel and material expenses for the preparation of reports, expert opinions and similar documents are also viewed as supplementary costs.

(10) For the execution of a contract wherein joint completion involves several contractors, each of them will charge his/her own compensation.

(11) In the absence of any other agreements, compensation and advance payments are due immediately after they have been requested in writing. Where payments of compensation are made later than 14 days after the due date, default interest may be charged. Where mutual business transactions are concerned, a default interest rate at the amount stipulated in Section 456 1st and 2nd Sentence UGB shall apply.

(12) Statutory limitation is in accordance with Section 1486 of ABGB, with the period beginning at the time the service has been completed or upon the issuing of the bill within an appropriate time limit at a later point.

(13) An objection may be raised in writing against bills presented by the contractor within 4 weeks after the date of the bill. Otherwise the bill is considered as accepted. Filing of a bill in the accounting system of the recipient is also considered as acceptance.

(14) Application of Section 934 ABGB within the meaning of Section 351 UGB, i.e. rescission for laesio enormis (lesion beyond moiety) among entrepreneurs, is hereby renounced.

(15) If a flat fee has been negotiated for contracts concerning bookkeeping, payroll accounting and administration and assessment of payroll-related taxes and contributions, in the absence of written agreements to the contrary, representation in matters concerning all types of tax audits and audits of payroll-related taxes and social security contributions including settlements concerning tax assessments and the basis for contributions, preparation of reports, appeals and the like shall be invoiced separately. Unless otherwise agreed to in writing, the fee shall be considered agreed upon for one year at a time.

(16) Particular individual services in connection with the services mentioned in Item 12. (15), in particular ascertaining whether the requirements for statutory social security contributions are met, shall be dealt with only on the basis of a specific contract.

(17) The contractor shall have the right to ask for advance payments and can make delivery of the results of his/her (continued) work dependent on satisfactory fulfillment of his/her demands. As regards continuing agreements, the rendering of further services may be denied until payment of previous services (as well as any advance payments under Sentence 1) has been effected. This shall analogously apply if services are rendered in installments and fee installments are outstanding.

(18) With the exception of obvious essential errors, a complaint concerning the work of the contractor shall not justify even only the partial retention of fees, other compensation, reimbursements and advance payments (remuneration) owed to him/her in accordance with Item 12.

(19) Offsetting the remuneration claims made by the contractor in accordance with Item 12. shall only be permitted if the demands are uncontested and legally valid.

13. Other Provisions

(1) With regard to Item 12. (17), reference shall be made to the legal right of retention (Section 471 ABGB, Section 369 UGB); if the right of retention is wrongfully exercised, the contractor shall generally be liable pursuant to Item 7. or otherwise only up to the outstanding amount of his/her fee.

(2) The client shall not be entitled to receive any working papiers and similar documents prepared by the contractor in the course of fulfilling the contract. In the case of contract fulfillment using electronic accounting systems the contractor shall be entitled to delete the data after handing over all data based thereon – which were prepared by the contractor in relation to the contract and which the client is obliged to keep – to the client and/or the succeeding public accountant in a structured, common and machine-readable format. The contractor shall be entitled to an appropriate fee (Item 12. shall apply by analogy) for handing over such data in a structured, common and machine-readable format. If handing over such data in a structured, common and machine-readable format is impossible or unfeasible for special reasons, they may be handed over in the form of a full print-out instead. In such a case, the contractor shall not be entitled to receive a fee.

(3) At the request and expense of the client, the contractor shall hand over all documents received from the client within the scope of his/her activities. However, this shall not apply to correspondence between the contractor and his/her client and to original documents in his/her possession and to documents which are required to be kept in accordance with the legal anti-money laundering provisions applicable to the contractor. The contractor may make copies or duplicates of the documents to be returned to the client. Once such documents have been transferred to the client, the contractor shall be entitled to an appropriate fee (Item 12. shall apply by analogy).

(4) The client shall fetch the documents handed over to the contractor within three months after the work has been completed. If the client fails to do so, the contractor shall have the right to return them to the client at the cost of the client or to charge an appropriate fee (Item 12. shall apply by analogy) if the contractor can prove that he/she has asked the client twice to pick up the documents handed over. The documents may also further be kept by third parties at the expense of the client. Furthermore, the contractor is not liable for any consequences arising from damage, loss or destruction of the documents.

(5) The contractor shall have the right to compensation of any fees that are due by use of any available deposited funds, clearing balances, trust funds or other liquid funds at his/her disposal, even if these funds are explicitly intended for safekeeping, if the client had to have anticipated the counterclaim of the contractor.

(6) To secure an existing or future fee payable, the contractor shall have the right to transfer a balance held by the client with the tax office or another balance held by the client in connection with charges and contributions, to a trust account. In this case the client shall be informed of the transfer. Subsequently, the amount secured may be collected either after agreement has been reached with the client or after enforceability of the fee by execution has been declared.

14. Applicable Law, Place of Performance, Jurisdiction

(1) The contract, its execution and the claims resulting from it shall be exclusively governed by Austrian law, excluding national referral rules.

(2) The place of performance shall be the place of business of the contractor.

(3) In absence of a written agreement stipulating otherwise, the place of jurisdiction is the competent court of the place of performance.

SECTION II

15. Supplementary Provisions for Consumer Transactions

(1) Contracts between public accountants and consumers shall fall under the obligatory provisions of the Austrian Consumer Protection Act (KSchG).

(2) The contractor shall only be liable for the willful and grossly negligent violation of the obligations assumed.

(3) Contrary to the limitation laid down in Item 7. (2), the duty to compensate on the part of the contractor shall not be limited in case of gross negligence.

(4) Item 6. (2) (period for right to correction of errors) and Item 7. (4) (asserting claims for damages within a certain period) shall not apply.

(5) Right of Withdrawal pursuant to Section 3 KSchG:

If the consumer has not made his/her contract statement in the office usually used by the contractor, he/she may withdraw from the contract application or the contract proper. This withdrawal may be declared until the contract has been concluded or within one week after its conclusion; the period commences as soon as a document has been handed over to the consumer which contains at least the name and the address of the contractor as well as instructions on the right to withdraw from the contract, but no earlier than the conclusion of the contract. The consumer shall not have the right to withdraw from the contract

1. if the consumer himself/herself established the business relationship concerning the conclusion of this contract with the contractor or his/her representative,

2. if the conclusion of the contract has not been preceded by any talks between the parties involved or their representatives, or

3. in case of contracts where the mutual services have to be rendered immediately, if the contracts are usually concluded outside the offices of the contractors, and the fee agreed upon does not exceed €15.

In order to become legally effective, the withdrawal shall be declared in writing. It is sufficient if the consumer returns a document that contains his/her contract declaration or that of the contractor to the contractor with a note which indicates that the consumer rejects the conclusion or the maintenance of the contract. It is sufficient if this declaration is dispatched within one week.

If the consumer withdraws from the contract according to Section 3 KSchG,

1. the contractor shall return all benefits received, including all statutory interest, calculated from the day of receipt, and compensate the consumer for all necessary and useful expenses incurred in this matter,

2. the consumer shall pay for the value of the services rendered by the contractor as far as they are of a clear and predominant benefit to him/her.

According to Section 4 (3) KSchG, claims for damages shall remain unaffected.

(6) Cost Estimates according to Section 5 Austrian KSchG:

The consumer shall pay for the preparation of a cost estimate by the contractor in accordance with Section 1170a ABGB only if the consumer has been notified of this payment obligation beforehand.

If the contract is based on a cost estimate prepared by the contractor, its correctness shall be deemed warranted as long as the opposite has not been explicitly declared.

(7) Correction of Errors: Supplement to Item 6.:

If the contractor is obliged under Section 932 ABGB to improve or complement his/her services, he/she shall execute this duty at the place where the matter was transferred. If it is in the interest of the consumer to have the work and the documents transferred by the contractor, the consumer may carry out this transfer at his/her own risk and expense.

(8) Jurisdiction: Shall apply instead of Item 14. (3)

If the domicile or the usual residence of the consumer is within the country or if he/she is employed within the country, in case of an action against him/her according to Sections 88, 89, 93 (2) and 104 (1) Austrian Court Jurisdiction Act (JN), the only competent courts shall be the courts of the districts where the consumer has his/her domicile, usual residence or place of employment.

(9) Contracts on Recurring Services:

(a) Contracts which oblige the contractor to render services and the consumer to effect repeated payments and which have been concluded for an indefinite period or a period exceeding one year may be terminated by the consumer at the end of the first year, and after the first year at the end of every six months, by adhering to a two-month period of notice.

(b) If the total work is regarded as a service that cannot be divided on account of its character, the extent and price of which is determined already at the conclusion of the contract, the first date of termination may be postponed until the second year has expired. In case of such contracts the period of notice may be extended to a maximum of six months.

(c) If the execution of a certain contract indicated in lit. a) requires considerable expenses on the part of the contractor and if he/she informed the consumer about this no later than at the time the contract was concluded, reasonable dates of termination and periods of notice which deviate from lit. a) and b) and which fit the respective circumstances may be agreed.

(d) If the consumer terminates the contract without complying with the period of notice, the termination shall become effective at the next termination date which follows the expiry of the period of notice.